

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise
sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindenerstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-291
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Donnerstag

3. Dezember 1925

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 9-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Cindenerstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-291

Für Kurzarbeiter kein Geld!

Neue Verschleppungsmanöver.

In der letzten Sitzung des Sozialen Ausschusses im Reichstag hatten die bürgerlichen Parteien mit Ausnahme der Demokraten eine Abstimmung über die zur Kurzarbeiterunterstützung gestellten Anträge dadurch verhindert, daß sie die Einsetzung eines Unterausschusses beantragten.

Als nun der Unterausschuß Freitag zusammentrat, äußerte der deutsch-nationale Abgeordnete Leopold seine Bedenken, über die vorliegenden Anträge betreffend Kurzarbeit überhaupt zu beraten, da eine verantwortliche Regierung nicht vorhanden ist. Er fand die Unterstützung der übrigen Reichsparteien und der Vertreter aus dem Finanz- und Wirtschaftsministerium. Ein Zentrumsabgeordneter meinte, man könne wohl beraten, ohne zu beschließen. So wurde dann plötzlich über eine Stunde debattiert, ob der Unterausschuß die ihm übertragene Aufgabe überhaupt sachlich in Angriff nehmen soll.

Nachdem von sozialdemokratischer Seite gegen diese Sabotage der Verhandlungen Einspruch erhoben wurde, brachte ein Zentrumsabgeordneter eine Entschließung folgenden Inhaltes ein: Die Reichsregierung möge die Erwerbslosenverordnung dahin ändern, daß Kurzarbeiter, deren Arbeitsverdienst unter der Erwerbslosenunterstützung bleibt, Kurzarbeiterunterstützung bekommen.

Gegen diese Herabdrückung des Lohnarbeiters zum reinen Almosenempfänger wandten sich die Sozialdemokraten, während der Regierung selbst der Zentrumsvorsitz zu weit ging. In einer zweiten Entschließung wird die Regierung aufgefordert, Anordnungen zu treffen, wonach Kurzarbeiter, die länger als zwei Wochen mit ihrem Arbeitsverdienst unter dem Maß der Erwerbslosenunterstützung bleiben, nach Abkehr von diesem Be-

trieb sofortigen Anspruch auf die volle Erwerbslosenunterstützung haben. Diese zweite Entschließung bedeutet eigentlich nur eine Selbstverständlichkeit.

Die weiteren Beratungen des Unterausschusses wurden auf Mittwoch verlagert. Sollte auch in dieser zweiten Sitzung die Sabotage der Reichsparteien weitergehen, dann ist die Sozialdemokratie gewillt, mit dem Unterausschuß für Kurzarbeit Kurzschuß zu machen.

Regierungsaussagen.

Gegenüber „irreführenden Meldungen einzelner Zeitungen“ wird von Wolffs Bureau eine offiziöse Äußerung weitergegeben, wonach die Reichsregierung an den Fragen der Erwerbslosenfürsorge selbstverständlich den lebhaftesten Anteil nimmt und den Ernst der Lage, der sich aus der rasch steigenden Zahl der Arbeitslosen ergibt, voll würdigt. Die Anträge, die im Sozialen Ausschuss des Reichstags gestellt worden sind, zielen auf Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung sowie auf Kurzarbeiterfürsorge und organisatorische Umgestaltungen auf dem Gebiete der Erwerbslosenfürsorge hin. Sie haben eine so weittragende wirtschaftliche und finanzielle Bedeutung, daß die gegenwärtige Regierung Bedenken tragen mußte, sie noch zu erledigen.

Der Beschluß des Sozialen Ausschusses vom gestrigen Tage, der eine Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung für die Hauptunterstützungsempfänger um 30 Proz. vorgehen hat, hat eine neue Tatkraft geschaffen, mit der sich die Reichsregierung sofort befaßt wird. Es ist bestimmt anzunehmen, daß das bereits in einer der ersten Kabinettsitzungen geschieht, die unmittelbar nach Rückkehr des Reichsfinanziers zu erwarten sein werden.

Das irische Gespenst.

(Von unserem englischen Korrespondenten.)

London, am 1. Dezember.

Gemessen an der Tragik, die die irische Politik und die irisch-britischen Beziehungen bis zum Friedensschluß von 1922 umwehte, gemessen an der Ungeheuerlichkeit eines Jahrzehntes, ja in einem gewissen Sinne jahrhundertlangen Zustandes der Spannung, der sich schließlich in Verschwörungen, passiver Resistenz, offenen Aufständen, katastrophalen Morden entlud, gemessen an all den Vorgängen in Irland, die Europa selbst mitten im Kriege in Atem hielten, ist, was sich in den jüngsten Tagen abgespielt hat, gewiß ein Kinderpiel. Aber im Lichte der fortdauernden Unsicherheit, angesichts der noch immer bestehenden Gefahrenmomente erhält auch die jüngste Episode eine Bedeutung, die auch außerhalb des anglosächsischen Weltreichs Interesse beanspruchen darf.

Dies neueste Auftauchen des irischen Gespenstes, das zuletzt vor etwas mehr als einem Jahre gesehen worden war, knüpft sich an die leidige Grenzfrage zwischen Ulster (Nordirland) und dem Freistaat Irland. Der Friedensvertrag vom Jahre 1922, der Südirland zum selbstverwaltenden Dominion gemacht hatte — Ulster zog vor, im Verbands Großbritannien zu bleiben — hatte die Grenzfrage zwischen den beiden Gebieten nicht gelöst. Katholisches Gebiet blieb bei dem protestantischen Ulster, protestantisches beim Freistaat. Die letzte Regulierung sollte einer Kommission vorbehalten bleiben, zu der die beiden Staaten je einen Vertreter stellten, die Reichsregierung den unabhängigen Vorsitzenden ernennen sollte. Die Frage ruhte zunächst zwei Jahre lang. Ulster, das man allgemein und das sich selbst für den verlierenden Teil an jeder zukünftigen Regulierung hielt, hatte keinerlei Interesse, auf eine baldige Erledigung hinzuwirken. Der Freistaat Irland seinerseits aber war bis tief in das Jahr 1923 mit der inneren Auseinandersetzung mit Sinn Fein beschäftigt. Er mußte überhaupt erst die Grundlagen seiner staatlichen Existenz legen, ehe er an eine Frage zweiter Ordnung herantreten konnte.

Sobald das aber geschehen war, drängte der Freistaat auf Erfüllung der Versprechungen. Südirland forderte die Kommission, und Macdonald, der damals Ministerpräsident war, sah es als seine Ehrenpflicht an, sofort zu handeln. Aber Ulster obstruierte. Es weigerte sich ganz einfach, seinen Vertreter für die Kommission zu ernennen. Große Bestürzung in London, zumal Ulster überdies unmißverständliche Drohungen über bewaffnete Verteidigung seines Gebietes im Ernstfalle aussprach. Der Vertrag hatte diese Möglichkeit nicht vorgesehen. Juristen wurden zusammengetrommelt und schließlich wurde festgestellt und parlamentarisch beschlossen, daß Großbritannien in diesem Falle das Recht und die Pflicht habe, den Vertreter Ulsters zu ernennen. Schwere Schatten stiegen am irischen Horizont auf. Wieder einmal schien in Irland Unheil zu drohen.

Die Schatten verfliegen. Die Kommission, zusammengeführt aus einem Vertreter der irischen Regierung Dr. MacNeill, einem von der britischen Regierung ernannten Vertreter Ulsters und einem unparteilichen Vorsitzenden, den man sich aus Südafrika geholt hatte, trat schließlich zusammen. Noch mehr: das Erstaunliche wurde Ereignis: die drei Vertreter kamen zur Einigung. Alles, bis auf wenige Punkte von geringer Wichtigkeit schien in schönster Ordnung zu sein. Die Kommission kam am 17. Oktober zu einem einstimmigen Verhandlungsabsehluß. Das unterließ sich allerdings erheblich von den Prophezeiungen: die Grafschaften Tyrone, Derry und Newry sollten bei Ulster bleiben. Ulster sollte überdies noch einen Teil von Ost-Downeal erhalten. Alles in allem genommen bedeutete das Kommissionsergebnis, daß der Freistaat Irland einige blühende protestantische Gebiete verlieren und dafür einige arme katholische Gebietsstreifen erhalten sollte, während die Kommission andererseits Ulster bedeutende katholische Distrikte mit den zu ihnen gehörigen Städten, auf die es der Freistaat abgesehen hatte, beließ.

Die Umrisse des Kommissionsberichts, die der Öffentlichkeit bis dahin völlig unbekannt geblieben waren, wurden eines Morgens von der konservativen „Morning Post“ veröffentlicht. Ein Sturm der Empörung im Freistaat. Der Präsident des Freistaates klagte im „Daily“, dem irischen Parlament, die Empfehlungen der Kommission mit Hinweis auf ihre angebliche Unvereinbarkeit mit dem Friedensschluß 1922 in den heftigsten Worten an. Dr. MacNeill, der irische Vertreter, der weder bis zum 17. Oktober, noch nachher ein Sterbenswort über seine Gegnerschaft gegen die Entschlüsse geäußert hat, scheidet aus, und es gibt darüber gar keinen Zweifel. „Dah seine plötzliche Empörung gegen seine Kommissionskollegen nicht seiner eigenen Eingebung entsprang, sondern ihm von seiner Regierung aufgezwungen worden ist“, Er selbst hatte nun offenbar gar nicht gemerkt, daß und wie sehr er bei der Entscheidung über das Ohr gehauen worden war. MacNeill scheidet aus der Kommission aus, Ulster aber, daß sich gemeldet hatte, auch nur einen Vertreter zur Kommission zu ernennen, fordert nunmehr — allerdings noch nicht offiziell, da ja der Bericht noch nicht offiziell veröffentlicht ist — die Durchführung des Kommissionsentschlusses. Es kann dabei noch überdies die Miene besonderer Loyalkität machen, die darin bestehe, daß es, trotzdem es sich gegen die Einsetzung der Kommission gewendet habe, nunmehr bereit sei, deren Entschlüsse anzuerkennen.

Damit ist unter Hand, rechter Hand alles verlaufen. Die Freistaatsregierung, die vor einem Jahr den schnellstmöglichen

Völkerbundseintritt im März.

Strefemanns Optimismus.

London, 3. Dezember. (W.T.B.) Reichsaußenminister Dr. Strefemann sagte in einer Unterredung mit einem deutschen Journalisten: Nach meiner Berechnung wird Deutschland ungefähr im März nächsten Jahres in den Völkerbund aufgenommen werden können. Es wird nicht möglich sein, das Aufnahmegebet so zeitig zu stellen, daß der nächste in Genf zusammenberufende Völkerbundsrat sich damit befassen kann, weil erst die Neubildung der Regierung in Deutschland abgewartet werden muß. Eine Völkerbundratsitzung, die über die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund zu entscheiden hat, könnte dann Ende März nächsten Jahres zusammentreten.

Strefemann betonte, bezüglich der Verfahren gegen Kriegsbeschuldigte sei die Hoffnung vorhanden, daß Frankreich dem Beispiel der übrigen Staaten folgen werde. Dieser Frage sei große Bedeutung beizumessen, da der jetzige Zustand sich nicht mit dem Pakt von Locarno vertrage.

Strefemann nach Paris!

Auf dem Wege zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit.

Paris, 3. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Der „Matin“ bringt die sensationelle Meldung, daß Strefemann bereits in nächster Zeit nach Paris kommen werde, um die in London eingeleitete Aussprache mit Briand fortzusetzen. Die Reise Strefemanns nach Paris sei bereits in Locarno zwischen den beiden Außenministern vereinbart worden und Strefemann habe die Absicht gehabt, schon auf der Reise nach London sich in Paris aufzuhalten, diesen Plan aber mit Rücksicht auf die staupolitische Ministerkrise aufgegeben. Angesichts der neuen innenpolitischen Schwierigkeiten, die augenblicklich Briand völlig in Anspruch nehmen, werde Strefemann seine Reise nach Paris bis nach der Neubildung der deutschen Regierung verschieben.

Ueber die Spezialfragen hinaus wie die Abklärung der Besatzungsfragen, die für die Uebergangszeit in Aussicht genommenen Entschärfungen für das besetzte Gebiet und die Revision der Bestimmungen für die deutsche Luftschifffahrt, die den Gegenstand der Verhandlungen in Paris bilden sollen, würden Strefemann und Briand versuchen, die in Locarno erzielte Annäherung auszubauen und durch Abmachungen wirtschaftlicher Natur zu ergänzen, die es beiden Ländern ermöglichen, sich gemeinsam um die Unterstützung der amerikanischen Finanzwelt zu bemühen. Solange die deutsch-französischen Verhandlungen lediglich die Revision der Verhältnisse im Rheinland zum Gegenstand hätten, sei das Interesse der französischen Öffentlichkeit daran nicht sehr groß. Nur wenn die Verhandlungen gegenseitiger Natur seien und wenn Deutschland nach Abschluß eines für beide Teile verbindlichen Handelsvertrags sich bereitfindet, die auf Grund des Dawes-Plans ausgegebenen Eisenbahnobligationen zu mobilisieren und auf diese Weise die dem französischen Haushalt dringend nötigen Mittel zu beschaffen, werde die europäische Solidarität ersichtbare Gestalt annehmen und für beide Teile sich günstig auswirken.

Eine Reise Strefemanns nach Paris hätte zunächst eine große symbolische Bedeutung. Es war vor kurzem das erste Mal nicht nur seit dem Weltkrieg, sondern seit dem Kriege von 1870, als der französische Unterrichtsminister de Monzie Berlin besuchte. Ebenso wäre es seit 55 Jahren das erste Mal, wenn der für die Außenpolitik des Deutschen Reiches verantwortliche Minister die Hauptstadt Frankreichs aufsuchte und die persönliche Fühlung mit dem Vetter der französischen Außenpolitik ausbauen würde. Von amtlicher deutscher Seite wird bestätigt, daß der Plan bereits erwogen worden sei. Es wäre zu wünschen, daß er bald nach der Regierungs-

umbildung ausgeführt würde, denn sichtbar als komplizierte juristische Vertragswerke würde Strefemanns Besuch in Paris den Beginn deutsch-französischer Gemeinschaftsarbeit vor aller Welt darstellen.

Die sogenannte Mobilisierung der Eisenbahnobligationen ist in den Kreisen der „Allierten“ bereits seit dem Anfang des Jahres besprochen worden. Es handelt sich dabei darum, die 11 Milliarden der auf der Reichsbahngesellschaft lastenden Obligationen oder einen Teil davon auf dem freien Kapitalmarkt zu verkaufen. Ein solcher Verkauf hängt nicht unmittelbar von politischen, sondern von wirtschaftlichen Erwägungen ab. Der Bericht der Generalagenten vom 30. Mai beschäftigte sich ausführlich mit der Frage, ob der Kapitalmarkt Europas und der Vereinigten Staaten im größeren Maße für die Ausgabe der Obligationen aufnahmefähig sei. Er verneinte damals die Möglichkeit. Der Vertrag von Locarno scheint aber die Kreditfähigkeit Europas in Amerika wesentlich erhöht zu haben. Soeben meldet E.P. aus New York:

„In Finanzkreisen verlautet, daß ein Bankensyndikat mit der Bank Morgan an der Spitze im Anfang des Jahres 1926 den Vorschlag machen werde, für 100 Millionen Dollar deutsche Eisenbahnobligationen zu kaufen.“

Frankreich hat angesichts seiner schweren Finanzkrise ein dringendes Interesse daran, Barmittel zu erhalten. Von jedem Verkauf der deutschen Eisenbahnobligationen würde es einen erheblichen Teil erhalten, etwa die Hälfte, wenn der sonst für Reparationszahlungen zwischen den „Allierten“ gültige Schlüssel von Spoo auch hierbei zugrunde gelegt wird.

Deutschland hat auf den Verkauf der Eisenbahnobligationen keinen unmittelbaren Einfluß. Er steht dem Treuhänder für diese Obligationen im Einvernehmen mit dem Generalagenten für die Reparationszahlungen zu. Die deutsche Regierung hat keine formale Handhabe, die Hergabe der Obligationen zu fördern oder zu hindern. Sie kann nur allgemein auf die zurzeit sehr geringe Aufnahmefähigkeit des deutschen Marktes hinweisen und sich allgemein über die Zweckmäßigkeit einer Hergabe zu einem bestimmten Zeitpunkt äußern.

Luther und Strefemann im Unterhaus.

Der Kadaverschwindel erledigt.

London, 3. Dezember. (W.T.B.) Im Namen des Führers der Opposition fragte Arthur Henderson im Unterhause den Staatssekretär des Äußeren, ob er keine weitere Erklärung über die Kadaverangelegenheit abgeben könne. Chamberlain, der bei seinem ersten Erscheinen im Unterhaus nach der Unterzeichnung des Locarno-Paktes mit einer Beifallstundgebung begrüßt wurde, bejahte die Frage und erklärte:

Der deutsche Reichsfinanzier habe ihn ermächtigt, auf die Autorität der deutschen Regierung hin zu sagen, daß niemals irgendwelche Grundlage für die Geschichte vorhanden war. (Beifall.) Er wünsche namens der britischen Regierung hinzuzufügen, daß er dieses Dementi annehme und er hoffe zuverlässig, daß dieser falsche Bericht nie wieder werde erwähnt werden. (Beifall.)

Bessere Kreditversorgung in Sicht.

Lockerung der Kreditkontingentierung.

Wie der D.H. erzählt, hat Reichsbankpräsident Dr. Schacht in der heutigen Zentralauskunftung die Mitteilung gemacht, daß die Reichsbank angesichts der allgemeinen Wirtschaftslage sich zu einem entscheidenden Schritt entschlossen habe. Dieser liegt nicht auf der Linie einer Diskontierung, sondern auf derjenigen einer Lockerung der bisherigen scharfen Kreditkontingentierung.

Zusammentritt der Kommission gefordert hatte, ist für Ungünstigkeitsklärung, Wlster aber, das alles getan hatte, um der Kommission Prügel in den Weg zu legen, ist für die Durchführung ihrer Beschlüsse. Dies alles könnte den Stoff zu einer politischen Komödie bilden, wenn nicht die Ursachen, die zur Zurückziehung Mac Neills geführt haben und die, die sich möglicherweise ergeben können, wieder einmal auf Sturm zeigten.

Denn Mac Neill wurde zurückgezogen, nicht etwa, weil die Regierung des Freistaates von der juristischen Unhaltbarkeit des Kommissionsberichts überzeugt war, sondern weil sie, innerpolitisch, aus einer Durchführung die schwersten Komplikationen befürchtete. Die Republikaner, die Erben Sinn Feins, sind seit einiger Zeit wieder lebhaft tätig. Die jüngsten Wochen haben deutlich gezeigt, daß im Freistaat mit der „Ruhe und Ordnung“ noch nicht alles beim Besten ist: Gewalttaten und und Drohungen zur Gewalt haben sich gemehrt. Bei den jüngsten Waffenstillstandsfeierlichkeiten slogan Raubkommissionen, ein Kino wurde um Haarsbreite wegen eines patriotisch-britischen Films in die Luft gesprengt. Die Unterwerfung unter den Kommissionsbericht würde also, unter Umständen die Gefahr des Sturzes der irischen Regierung und neuer Unruhen herausbeschwören. Ein Aufsteigen der Republikaner unter De Valera würde ein Wiederaufleben der Banden, ein Wiederaufleben des Guerillakrieges bedeuten, die bei der ungeborenen Feindseligkeit Wlsters gegen den Freistaat und der Enschlossenheit Wlsters, nichts abzutreten, was der Rede wert ist, zu schweren blutigen Entwicklungen führen könnte. Die allerdings dementierte, trotzdem aber nicht unbedingt falsche Zeitungsmeldung, daß Wlster schon jetzt dabei sei, Sandsäcke und Stachelbrüste an der Grenze einzubauen, ist in diesem Zusammenhang zumindest psychologisch interessant.

In London ist man über die neue Situation aufrichtig bestürzt. Man weiß zwar, daß man trotz des Ausscheidens des irischen Mitgliedes die Gründung der Kommission verbindlich erklären könnte, die befragten Juristen haben darüber ganz offenbar keinen Zweifel gelassen, aber man hat ja das allergrößte Interesse daran, den irischen Hezenkessel nicht unnötigerweise aufzuführen. Eine Aufrechterhaltung des Status quo auf unbestimmte Zeit wäre allen Kreisen das weitaus Sympathischste; wobei man von der Zeit eine Heilung der Wunden, eine gesamtirische Entspannung und eine schließliche Vereinigung der beiden irischen Staaten hofft. Aber es ist keineswegs ausgeschlossen, daß die Entwicklung in Irland diese Hoffnung bewahrheiten wird. Denn das Unwahrscheinliche war dort seit jeher Ereignis.

Was kommt nach Luther?

Uneinigkeit der Mitte.

Das Kumpfkabinett Luther wird nach der Rückkehr der beiden Delegierten aus London seine Demission geben. Die Presse ist voll von Gerüchten darüber, was weiter werden soll.

Das einzig greifbare daran ist die wahrscheinlich klingende Nachricht, daß der Reichspräsident Herrn Luther abermals mit der Kabinettsbildung betrauen will. Damit ist aber noch nicht gesagt, ob dann das neue Kabinett Luther zustande kommen wird oder wie es aussehen wird, wenn es zustande kommt.

Besprechungen der Parteiführer, von denen viel erzählt wird, sind über sogenannte Sonderungen nicht herausgekommen. Dabei hat sich gezeigt, daß zwischen den Parteien der Mitte keine Einigkeit herrscht. Während das Zentrum und die Demokraten sich für die große Koalition erklärt haben, bewahrt die Volkspartei vorichtigste Zurückhaltung. Ihr Bestreben, den Anschluß nach rechts nicht zu verlieren, ist offenbar. Zwar kann auch die Volkspartei nicht damit rechnen, daß die offene Rechtskoalition von heute

auf morgen wiederhergestellt wird, aber in einem Kabinett der Mitte, das nach rechts neigt, hofft man den Ersatz für das verlorene Rechtskabinett zu finden. Demgegenüber erklären Zentrum und Demokraten, daß sie sich an einem Kabinett der Mitte nicht beteiligen würden.

Vor mehr als drei Jahren wurde die sogenannte Arbeitsgemeinschaft der Mitte gebildet, die aus Volkspartei, Zentrum und Demokraten bestand. Sie hat seitdem einen Riß erhalten, da Volkspartei und Zentrum nach rechts gingen, während die Demokraten links blieben. Auch jetzt scheint sie weder als regierungsbildende Koalition noch als einheitliche Verhandlungsmacht in Betracht zu kommen.

Es versteht sich von selbst, daß sich die Sozialdemokratische Partei unter so ungeklärten Verhältnissen einstweilen auf die Rolle des Beobachters beschränkt. Die Verantwortung für das Werden liegt in erster Linie bei den Parteien der Mitte, die das Experiment des Rechtssturzes mitgemacht und damit die gegenwärtige verworrene Lage heraufbeschworen haben.

Ein ahnungsvoller Engel.

Schiele über sich selbst.

Am 24. Februar 1922 befahle sich Schiele, der gewesene Innenminister, mit der Getreidewirtschaft und füllte bei dieser Gelegenheit über die damalige Koalitionsregierung folgendes Urteil:

„Die Merkmale der parlamentarischen Demokratie Deutschlands, die durch den Hochverrat der Revolution zur Herrschaft gelangt und infolgedessen der staatsrechtliche Boden für die gesunde Entwicklung und Auffassung fehlt, sind: Unsicherheit, Unklarheit, Ziellosigkeit, Schwäche, Autoritätsmangel und innere Unwahrhaftigkeit. Brüche und zerrissen wie das System dieser Republik sind die Leistungen ihrer Nachhader. Auf Schritt und Tritt begegnen wir in großen und inneren Angelegenheiten einer Widerprüchlichkeit und Verworfenheit dieser Koalitionsregierung, d. h. koalierter Unzulänglichkeit, daß man versucht wird zu glauben, daß das alte Fuchselied: „Die Welt ist rund und muß sich drehen, was unten ist, muß oben stehen“ heute zur Staatsmaxime geworden ist.“

Es bedarf keiner weiteren Bemerkung, denn treffender konnte der damalige Reichstagsabgeordnete Schiele den späteren Reichsinnenminister Schiele nicht glossieren.

Zentrum und Hohenzollernausgleich.

„Volkrecht geht vor Einzelrecht!“

Die amtliche Veröffentlichung über den Hohenzollernausgleich geht naturgemäß, da es sich um eine bloße Zusammenstellung der Objekte handelt, an der Tatsache vorüber, daß dem Staate vor allen Dingen diejenigen Städte übergeben werden, die mit allen Lasten verbunden sind, wie die sämtlichen Theater. Im übrigen kann auch diese Berechnung nur das Gefühl einer ungeheuren Erbitterung in den Volksmassen verstärken. 30 Millionen bar und Objekte im Werte nominell von 141,9 Millionen Mark. Dabei ist ausdrücklich vermerkt, daß die Schätzungen des Wertes weit hinter dem zurückbleiben, was diese Objekte wirklich darstellen, denn sie beruhen zum größten Teil auf dem sogenannten Wehrbeitragswert.

Immer stärker wird deshalb die Entrüstung auf allen Seiten. Der Schlüssel der Situation liegt beim Zentrum, und es scheint, als ob das Zentrum allmählich doch Bedenken bekommen hat, ob seine bisherige Haltung der rein formaljuristischen Anerkennung des Rechtes auf „Privateigentum“ sich aufrechterhalten läßt. Zwar war die Erklärung des Abg. Bell in der gestrigen Reichstagsitzung außerordentlich eindeutig und unbestimmt; aber auch aus ihr klang doch ein Widerhall der Volksstimmung, die eine solche Vermögensauslieferung an den weggelaufenen König unter keinen Umständen will. Auch der Landtagsabgeordnete Dr. Schering

vom Zentrum äußert jetzt in einem Aufsatz im „B-Blatt“ in vorichtigster Form seine Bedenken. Er schreibt:

„Der Vorschlag wird die letzte Entscheidung treffen müssen. Es ist sehr zweifelhaft, daß die Entscheidung rasch sein wird. Nach Lage der Dinge wird bei den kritisch gestimmten Parteien, die an sich einer Rechtslösung zugeneigt, der Konflikt zwischen den berechtigten Ansprüchen auf das Privateigentum und die Notlage der Allgemeinheit, gegenüber dem das Einzelwohl zurückzutreten hat, ein harter sein. Wir erwähnen in diesem Zusammenhang auch die Vorschläge, die darauf hinausgehen, die Abfindung nach denselben Grundstößen vorzunehmen, wie in der Aufwertungsfrage der Staat seine Gläubiger behandelte.“

Oberster Grundsatz aber bleibt: Schutz dem preußischen Steuerzahler! Volkswohl geht vor Einzelwohl. Wesentliche Modifikationen am Vergleich vom 12. Oktober 1925 zugunsten des Staates sind unerlässlich.“

Das Zentrum wird unter dem Druck der öffentlichen Meinung und der Stimmung auch seiner eigenen Anhänger gar nicht umhin können, sich dafür zu entscheiden, daß die Feststellung über das, was als „Privateigentum“ der Hohenzollern und der übrigen deutschen Landesväter anzusprechen ist, nicht durch Gerichtsentscheidungen auf Grund von königlichen Kabinettsordern aus dem Vormärz, sondern durch Gesetz der Republik entschieden wird. Anders ist überhaupt ein Ausweg aus der durch die Unerfährlichkeit der früheren Fürsten geschaffenen Lage gar nicht zu finden.

Der Republikanische Reichsbund hat an die Reichsregierung und an das Präsidium des Reichstages folgendes Telegramm gesandt:

„Der Reichsvorstand des Deutschen Republikanischen Reichsbundes hat mit Entrüstung von den Plänen der Auslieferung ungeheurer Vermögenswerte an die Hohenzollern Kenntnis genommen, deren Bewirtung in den Zeiten der allgemeinen Not eine Herausforderung des gesamten deutschen Volkes wäre. Wir erwarten, daß Reichsregierung und Volksvertretung durch Verabschiedung eines Reichsgesetzes diese Pläne durchkreuzen, oder daß durch Volksabstimmung die Rechte des deutschen Volkes auf sein Nationalvermögen gewahrt werden.“

Die Halb und Halben.

Deutschnationale Locarnopolitik.

Die Deutschnationalen haben gegen das Vertragswert von Locarno gestimmt. Für den völkischen Antrag, den Reichspräsidenten Hindenburg zu veranlassen, die Verkündung des Gesetzes auszusetzen, stimmten nur die Völkischen und Kommunisten geschlossen. Die Deutschnationalen enthielten sich der Stimme.

Die gemeinsame deutschnational-völkische Front ist also schon bei der Abstimmung in die Brüche gegangen. „Kreuzzeitung“ und „Deutsche Tageszeitung“ schrieben damals sehr verlegen, die Ursache der Stimmhaltung seien praktisch-technische Erwägungen gewesen.

Diese Erwägungen scheinen aber noch nicht einmal die Deutschnationalen selbst überzeugt zu haben. Die „Reckenhurger Warte“ stellt jetzt fest, daß die Berichte über die Haltung der deutschnationalen Opposition unvollständig waren. Tatsächlich haben die deutschnationalen Abg. Frefelbaum, Hamburg, Everling, Medlenburg, Haedekamp, Hanemann-Baden, Martin-Magdeburg, Paeth-Berlin, Schneider-Thüringen und Werner-Bielefeld dem völkischen Antrag zugestimmt. Sie teilten offenbar mit den Völkischen und Kommunisten das Mißtrauen gegen die Aufrichtigkeit der deutschnationalen Opposition und entlarvten so im voraus die Deckungsversuche der „Kreuzzeitung“ und der „Deutschen Tageszeitung“.

Dem neuernannten Memeler Landespräsidenten hat der Landtag mit allen gegen zwei litauische Stimmen sein Mißtrauen ausgesprochen.

„Hoffmanns Erzählungen.“

(Städtische Oper.)

Im Jahrbuch der Städtischen Oper erzählt Georg Pauli scherzhaft, was alles er in seinem Leben für Theaterstellungen hatte. Da er jetzt als Oberregisseur alles schlecht findet, was die Kapellmeister machen, so wird er vielleicht wieder umsatteln. Zum Komiker habe er angeblich Talent. Aber er will Kritiker werden, weil er dann von Amts wegen alles schlecht finden kann bei den anderen, ohne selbst schlechte Kritiken zu bekommen. Das ist also seines Erachtens Beruf des Kritikers? Gemach, zum Kritiker fehlt ihm das, was seine geistige Hoffmann-Anszenierung vermissen läßt: Geschmack und Phantasie. Und so traut er diese Tugenden auch dem Publikum und dem Kritiker nicht zu. Den größten Erfolg gestern Abend hatte Hans Gregor mit seiner unvergessenen Offenbach-Anszenierung in der „Römischen Oper“ (leid gegrüht auch ihr Sänger von damals, Radolowitsch an der Spitze!).

Erste und letzte Szene umrahmen, wie üblich, mit der Dunkelheit des Lutherischen Kellers die komplizierte Handlung. Der erste Akt wird nun gleich in zwei Teile gespalten, deren erster ein physikalisches Kabinett nach Art einer mittelalterlichen Rumpelkammer zeigt, während im zweiten Teil marionettenhaft die Gäste Spallanzanis aufmarschieren. Das Kabinett in der stehengebliebenen Umrahmung des Vorspiels. Wozu? Auch ein Unwissender weiß, daß Hoffmanns Erzählungen dargestellt, die Wissenschaft existiert werden; doch muß das alles wie aus dem Dampf des Punsch heraus traumhaft gezeichnet sein, nicht mit dem philologischen Finger auf das Unwahre der Begebenheit. So zerfällt man Phantastisches, baut es nicht auf. Der Gegensatz zwischen der Marionette Olympia und den leidenschaftlichen Menschen war durch puppenhafte Bewegung der Gesellschaft zerstört. Der Valast in Benedig war nur eine Treppe mit viel rotem Samt und Lampen. Hier traf eine naturalistische Regieneigung das Leichtfertige venetianischer Häuser fast zu gut und zu sinnlich. Das war vollendete Wirklichkeit des Theaters, nicht dem Inhalt entsprechende Phantastik. Nie ging der altgewordene Barokakt so stimmungslos vorüber. Man streiche ihn ganz. Im Hause Crespels war die Regie des Schauspielers mehr oder weniger nur durch Dunkelheit und Grün charakterisiert. Das Spukhafte konnte stärker betont sein und dem Zimmer von Regisseurs Geist her etwas wie Totenluft eingeblasen werden. Und ganz am Schluß entgleiste Pauli völlig, als er sinnhaft die Gestalten der drei Geliebten in einer Figur zusammenleitete ließ. Rein, das war kein Meisterstück. Romantische Einfälle hatte der Regisseur nicht, und dem wirren Gang einer diabolischen Novellengruppe fehlte das Tempo.

Werbings sah am Pult des Orchesters kein Draufgänger wie der alte Dessauer, sondern nur der sachliche, aber ohne Schwung, ohne Leidenschaft dirigierende Pauli Dessau. Von den drei Frauen sangen zwei ständig zu tief, nur die Quilietta fühlte sich in ihrer

Rolle heimlich. Hoffmann selbst war Fritz Krauß. In guter Waise, mehr geheimer Rat als Zechstumpen, mehr Igrisch als dramatisch, mehr auf Kummernwärtung bedacht, als Mittelpunkt des Gesampiels. Aber in diesen Kummern blendete doch seine leuchtende Stimme. Das große Interesse zog Wilhelm Guttmann auf sich. In seiner vierfachen Rolle wählte er vierfach ein anderer zu sein, ein deutlicher Sprecher, ein teulischer Händler, ein unheimlicher Kapitän, ein bedrohlicher, suggestiver, sturker Mikrafel. Da er ein Schauspieler von eigenem Gepräge ist und Musiker durch und durch, so wurde er auch sein eigener Regisseur. Von seinem Tun und Lassen ging jene Stimmung aus, die in E. Th. Hoffmanns Erzählungen aufwühlend geistert. Um seinetwillen lohnt der Besuch einer Vorstellung, die — Kritik sagt es entscheidend — in einer unromantischen Zeit kaum zauberhaft-einschlagend geboten werden kann, wirklich. Mit alltäglichen Mitteln und sauberer Einstudierung ist es nicht getan.

Der dritte Aufzügenabend der Volksbühne führte im Ritteraal der Kroll-Oper Armin T. Wegner an als Vortragspult. Man muß der Volksbühne Dank wissen, daß sie in diesen Veranstaltungen eine so wohlfeile Gelegenheit zu persönlicher Bekanntschaft mit wertvollen und eigenartigen Erscheinungen unserer lebenden Dichtergeschichte bietet, und es ist deshalb um so mehr zu bedauern, daß von dieser Gelegenheit noch viel zu wenig Gebrauch gemacht wird. Freilich ist Wegners künstlerische Persönlichkeit ganz fern von jeder literarischen Moderation und irgendwelcher reflexhaften Sensation, und sein Schaffen entspringt in strenger Abkehr von jedem Kompromiß und jeder Zweckmäßigkeit allein aus innerer, starker dichterischer Berufung. Das Grundmotiv ist bei ihm das Tragische im gewaltigsten, umfassendsten und erhabendsten Sinne, mag er nun in dem Räte Kollwitz gewidmeten Gedichtzyklus „Das Lazarett“ den Entschensschril der Kriegsverletzten aufklängen lassen oder die architektonisch-monumentalen Schilderungen „Amsterdam“, „Der Luftpark“ u. a. mit glühender menschlicher Vertiefung erfüllen oder das märchenhaft verträumte Bild des nächsten Benedig in dem stimmungsvollen Gedicht „Warum noch schlafen, wenn die Sterne brennen?“ an uns vorüberziehen lassen. Dabei kommt in seinen Gedichtbänden „Das Antlitz der Erde“ und „Die Straße mit den tausend Zielen“ eine klangliche Pracht und eine rhythmische Kraft, die sich oft zu dithyrambischen Schwünge steigert, zum Ausdruck.

Zuher einer Anzahl Proben aus diesen beiden Gedichtbänden las Wegner noch drei Prosaarbeiten. Den Höhepunkt erreichte die Vorlesung in einer noch unveröffentlichten Novelle „Die Schiene“. Hier schildert der Dichter das tragische Geschick eines Waldarbeiters, der bei einem abendlichen Heimweg über eine Eisenbahnstrecke mit dem Fuß in eine Weiche gerät und sich trotz aller, auch von Dorfbewohnern unterstützten Bemühungen nicht mehr daraus zu befreien vermag, bis schließlich der Schnellzug über ihn hinwegrast, so unheimlich lebendig und mit so packender dramatischer Steigerung, daß die Zuhörer in atemloser Ergriffenheit lauschten. Die überaus eindringliche Vortragstunft Wegners erhöhte noch die nachhaltige Wirkung dieser Darbietungen.

Strenge Vorwinter. Der durchaus frühe Eintritt der Kälte in diesem Jahre fällt nicht in den Winter, sondern — wie die Meteorologen sagen — in den sogenannten Vorwinter, der vom 1. November bis zum Ende Dezember dauert. Ueber die Verteilung der kalten und warmen Winter haben die Wissenschaftler bereits mehrere Perioden herausgerechnet, zu deren bekanntesten die Theorie von der 35-jährigen Periode der Klimawandlungen gehört. Im allgemeinen können diese Theorien zutreffen, da noch oben wie noch unten Schwankungen in den Temperaturen und im Klima der einzelnen Winter von den Gelehrten nicht sonderlich beachtet oder sogar in ihrem Sinne ausgedeutet werden. Die Gelehrten lesen in die einzelnen Vorgänge der Natur vielleicht mehr hinein als heraus, da sie unter allen Umständen die Verteilung der kalten und warmen Winter in ein gewisses Schema einzuwängen versuchen. In letzter Zeit sind mehrere neue Theorien aufgetaucht, wie die vom Zusammenhang warmer Winter mit Sonnenflecken und die eines englischen Gelehrten, der von einer 45-jährigen Periode spricht. Tatsache ist jedenfalls, daß sehr strenge Vorwinter im allgemeinen gegen Ende Dezember eine starke Kälteperiode bringen, wohingegen ein warmer Frühling die wahrscheinliche Folge ist. Ob in diesem Jahr dem strengen Vorwinter wieder ein strenger Winter folgen wird, läßt sich nicht vorher sagen, aber die Wahrscheinlichkeit ist sehr groß, denn ebenso, wie die milden Winter in Gruppen auftreten, ohne daß man den Grund dafür kennt, so sind die strengen Vorwinter die Vorläufer eines harten Winters. Technische Erfahrungen sind bereits seit vielen Jahren gemacht worden.

Eine vorgeschichtliche Landoberbindung zwischen Schottland und Neufundland. In Schottland wurden kürzlich Trilobiten gefunden, die interessante Schlüsse auf die vorgeschichtliche Gestaltung des Erdballs zulassen. Diese ausgestorbene Tierklasse, die den Krebsen nahesteht, gleicht nämlich vollkommen den Trilobiten, die man in Neufundland gefunden hat. Dadurch ist die bereits früher besonders von Wegener ausgeführte Behauptung bestätigt, daß früher einmal eine Landoberbindung zwischen Schottland und Neufundland bestand.

Wieviel Haare hat der Mensch auf dem Kopfe? Ein englischer Arzt hat sich das Vergnügen gemacht, die Haare auf dem Kopf des Menschen zu zählen, und hat festgestellt, daß der rothaarige Kopf durchschnittlich mit 90 000, der schwarzhaarige mit 103 000 und der blondhaarige mit 140 000 Haaren bedeckt ist. Dasselbe ärztliche Original erklärt auch, daß das dünnste menschliche Haar ungefähr achtmal dicker ist als der Faden des Seidenwurms und ungefähr 60mal dicker als der Faden einer Spinne.

Die Junge Bühne muß die für Sonntag, 6. Dezember angeordnete Uraufführung von Adolf von Arnims „Geist der Jugend“ auf Sonntag, 13. Dezember, mittags 11^{1/2} Uhr, im Festspieltheater versetzen.

Volksbühne. Professor Leo Kellenberg spricht Sonntag, abends 8 Uhr, im Reichsteinaal über Beethoven's Biographie. Hans Kallermann wird die Soraten F-dur op. 24 (Frühlingsopfer) und C-moll op. 30 Nr. 2 zum Vortrag bringen. Karten an der Abendkasse.

Spielplanänderung. Am Sonnabend, den 3., wird in den Kammerspielen Max Raders „Kammer“ gegeben.

Ein Schpiel Reichsherts in Kogland soll im Frühjahr in Moskau und Leningrad stattfinden.

Putschdebatte im Landtag. Eine Erklärung Severtings.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verlangte heute im Landtag Abg. Pief (Komm.) Besprechung eines kommunistischen Antrags, der den Minister Severting auffordert, sofort zu erscheinen, um sich über die Gerüchte eines bevorstehenden Rechtsputsches zu äußern. Es bestehe Gefahr, daß die Rechtsverbände in den nächsten Tagen loszuschlagen.

Am Verlaufe der Sitzung erschien Innenminister Severting und erklärte: Die preussische Polizei erlaubt keine Putsche, weder solche von rechts noch solche von links. (Lachen bei den Komm.) Es besteht zurzeit kein Anlaß, mehr besorgt zu sein als bisher! (Hört! hört!) Solange ich auf diesem Posten stehe, gibt es keine Putsche! (Lebhafte Beifall in der Mitte.)

Deutschland und Polen.

Zu den schwebenden Vertragsverhandlungen.

Die Verhandlungen zur Beilegung des Wirtschaftskrieges mit Polen und zur Anbahnung eines Vertragsverhältnisses, die vor einiger Zeit wieder aufgenommen worden sind, treten in diesen Tagen in ein entscheidendes Stadium. Von den beiden Delegationen wurde eine Kommission zur Behandlung der Agrarfragen und eine andere zur Behandlung der Industriefragen eingesetzt. Die Ende dieser oder Anfang nächster Woche ihr Gutachten aufstellen, nach dem wieder die Delegationen ihre Forderungen aufstellen und austauschen werden. Es ist noch nicht erkennbar, ob es möglich sein wird, zu einem langfristigen Vertrag zu kommen, oder wenigstens durch ein Provisorium einen Zustand zu schaffen, der für eine Ubergangszeit geordnete Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Polen bringt. Einem Vertragsabschluss mit Polen stehen außerordentliche Schwierigkeiten entgegen. Die starken Zollerhöhungen Polens, in dem Anfang Oktober abgeänderter Tarif, belasten den deutschen Export so sehr, daß es sehr großer Abstriche von den polnischen Zollsätzen bedürfen wird, wenn man die notwendigen Erleichterungen für den deutschen Export schaffen will. Dieser Forderung steht aber die Tatsache gegenüber, daß Polen mit Rücksicht auf den Sturz des Pioty bemüht ist, alle irgendwie entbehrlichen Einfuhren von seinem Lande fernzuhalten und damit natürlich sich auch gegen die deutsche Wareneinfuhr wendet. Es kommt hinzu, daß die Forderungen Polens nach einem hohen Kontingent für seine Kohlenausfuhr sich stark an den deutschen Wirtschaftsinteressen reiben und daß man auch bei der Erledigung dieser Frage auf starke Schwierigkeiten rechnen muß.

Kompliziert ist die ganze Lage noch dadurch, daß eine einfache Aufhebung des Zollkrieges jetzt für Deutschland nicht ohne weiteres mehr möglich ist. Die starken Erhöhungen der polnischen autonomen Zölle haben bewirkt, daß bei einer Einstellung der Kampfmaßnahmen auf beiden Seiten Deutschlands zunächst in Nachteil kommt, weil es dann fast gar nicht mehr nach Polen Waren ausführen kann, während der deutsche Zolltarif trotz seiner schützenerischen Tendenzen sich nicht in gleichem Maße auf eine Absperrung der polnischen Einfuhr eingestellt hat.

Trotzdem wäre es der denkbar größte Fehler, wenn man diesen Zustand der handelspolitischen Spannung zwischen den beiden benachbarten und aufeinander angewiesenen Völkern aufrechterhalten würde. Polen hat in der Optantenfrage nach dem Abschluss von Locarno ein weitgehendes Entgegenkommen gezeigt, das darauf hindeutet, daß eine Entspannung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen im gutem Willen doch herbeigeführt werden kann. Dieser gute Wille muß natürlich auf beiden Seiten vorhanden sein. Man muß fordern, daß die Polen sowohl bei den Meistbegünstigungsfragen wie in der Kohlenfrage und in der Regelung des Niederlassungsrechtes für die deutschen Wünsche das notwendige Verständnis aufbringt. Auf der anderen Seite muß man verlangen, daß die deutsche Delegation sich nicht von dem Gefühl der Erbitterung über den Handelskrieg oder gar von Prestigegründen auf beiden Seiten leiten läßt, wenn es gilt ein Freundschaftsverhältnis mit Polen auf lange Sicht vorzubereiten. Die außenpolitischen Voraussetzungen sind dafür nicht gerade ungünstig. Die Piotykatastrophe der letzten Tage hat gezeigt, daß Polen sich nicht mehr unbedingt auf die finanzielle und politische Hilfe der Westmächte verlassen kann, die den polnischen Staat geschaffen haben. Immer stärker macht sich die Tatsache geltend, daß ohne ein vernünftiges Zusammenleben mit den Nachbarstaaten eine Aufwärtsentwicklung Polens unmöglich ist. Hier müßte eine weitaussehende Außenpolitik, zu der ja auch bis zu einem gewissen Grade die Handelspolitik gehört, eingreifen und unter Wahrung der berechtigten deutschen Wirtschaftsinteressen nach Verständigungsmöglichkeiten suchen.

Auf wirtschaftlichem Gebiet werden diesen dann vielleicht zu finden sein, wenn man zunächst eine provisorische Regelung des deutsch-polnischen Wirtschaftsverhältnisses anstrebt, bei dem beide Teile ihre Ansprüche auf ein Mindestmaß zurückzuführen und unter Wahrung der Gegenseitigkeit zunächst nur einige wichtige Zollpositionen und andere Vertragsmomente herausgreifen, um die großen Wirtschaftskriegs in gründlicher Vorbereitung eines endgültigen Vertrags der Klärung näher zu bringen. Für ein Provisorium aber ist nicht mehr viel Zeit zu verlieren; sowohl Deutschland wie Polen können nur dabei gewinnen, wenn man aus dem für beide Teile verlustreichen Zustand des Wirtschaftskrieges herauskommt und so die Grundlage zu einer Zusammenarbeit der beiden Völker schafft.

Ende des Direktoriums in Spanien.

Eine neue Regierung unter Primo.

Madrid, 3. Dezember. (Eigenes Drahtbericht.) In der innerpolitischen Lage Spaniens ist am Mittwoch eine entscheidende Wendung eingetreten. Das Direktorium hat demissioniert. Nach dem Empfang Primo de Riveras durch den König, erklärte der Diktator der Presse, daß der Beschluß gefaßt worden sei, wieder zu einer verfassungsmäßigen Regierung zurückzukehren. Einige Einschränkungen sollen allerdings noch aufrecht erhalten werden. Im großen und ganzen habe aber das Direktorium seine am 13. September 1923 übernommene Aufgabe für abgeschlossen. Der König hat Primo de Rivera vollkommene Handlungsfreiheit in der Bildung eines neuen Kabinetts gelassen. Die Liste der Kabinettsmitglieder ist in großen Zügen bereits festgestellt. An der Spitze steht Primo de Rivera als Ministerpräsident. Vizepräsident wird General Mañeja Ando, Minister für Auswärtiges, Jangauay, Kriegsminister der Herzog von Tetuan. Primo de Rivera wird bereits heute oder spätestens am Freitag die Regierungserklärung abgeben.

Der leere Wagen.

Es geschah zu Zeiten noch Wunder, wenn man Ungewöhnliches so bezeichnen will. Wenn beispielsweise die Wasserleitung statt Wasser am Morgen und Nachmittag Kaffee und mittags Suppe lieferte, so käme das erste Zeit einem wunderbar vor, doch mit der Gewöhnung würde auch dies Wunder verblasen. Doch viel größer wäre ein solches Erlebnis auch kaum, als das folgende wirkliche Geschehen um die Mittagsstunde geschah es kürzlich. Ein Motormagen mit Anhänger der Linie 3 fuhr auf dem Wege zum Potsdamer Platz — auch das war schon mysteriös, sozusagen eine Seitenfahrt — völlig leer. Keinem Passagier knippte noch der Schaffner das Fahrpapier, denn niemand sah drin. Mit geheimem Schaudern steigt man ein, nimmt auf den roten Postern Platz und harret der Dinge, die da kommen sollen. Man starrt auf die leeren Plätze, wischt sich die Augen, betrachtet die nicht betrapelten Füße und verfällt in eine metaphysische Stimmung. Wenn der Wagen sich plötzlich in den Himmel heben würde, es könnte einem das Erstaunen kaum um Vieles vergrößern. Doch draußen stuten die Menschen vorüber, halten die Automobile und flühen flinke Radler. Und dort das Schicksal im Wagen erucht einem noch kategorisch, „einen Halt“ zu suchen. Der Schaffner kommt lächelnd zu seinem Fahrgast und mit den entrichteten anderthalb Groschen entzündet ein Teil des Zaubers. Man findet sich wieder etwas zurecht und benutzt die Situation, um sich so breit hinzusetzen wie man nur kann. Nicht genug damit, versucht man reihum die Plätze. Man läßt reell die Postler und keine Fahrgäste, die sich vielleicht mit Tarnklappen versehen haben konnten. Denn ganz traute man dem Frieden doch noch nicht. Am Potsdamer Platz steigt noch jemand ein, und jetzt versucht man durch das Interdieren des Schaffners dem Geheimnis auf den Grund zu kommen. Der fühlt sich auch „wie ein junger König von Spanien“ und meint, vier Wochen solcher Dienst wäre einem Ferienurlaub beinahe gleichzusetzen. Kein Drängeln, Schubsen, Pressen und Beschweren mit „Bitte die Herrschaften nach vorn zu treten!“ Das Wunder löst sich auf in eine unterwegs defekt gewordene Bremse, die auf einem anderen Straßenbahnhof repariert wurde. Der Wagen sucht nun auf Umwegen wieder Anschluss. Diese kleine Krankheit des Wagens ward so Ursache von einem Erlebnis, das alle, die mit dabei sein durften, noch Kindern und Kindeskindern als Märchen erzählen werden, denn als Wahrheit wird es dank der „gedrückten“ Verkehrsverhältnisse wohl niemand anhören.

Eine seltsame Lotterie.

Die verlorenen Lose.

Das Lotteriegeld erwählt sich selten einen armen Teufel, der es brauchen könnte. Nach dem Erfahrungssatz: „Wo Geld ist, kommt noch mehr Geld hin“ sollen auch bei der Lotterie gewöhnlich die großen Gewinne den ohnedies schon mit Mammon nicht zu knapp gesegneten Spielern in den Schoß. Geradezu niederträchtig war aber die Laune des Glücks bei einer „Großen Wohlfahrts-Waren-Lotterie“, die zugunsten der Wohlfahrtsarbeit der „Preussischen Zentrale für Säuglingschutz“ im November veranstaltet wurde. Ein Parteilose, der an seiner Arbeitsstätte das Amt eines Betriebsrats hat, erhielt unerwünscht zehn Lose dieser Lotterie zum Welterkauf zugesandt. Da es sich um eine Wohlfahrtslotterie handelte, die sogar einen „amtlichen Anstrich“ hatte, glaubte er die Bitte erfüllen zu sollen und brachte die Lose im Betrieb unter. Daß nach der Ziehung die Gewinnliste für kein einziges dieser Lose einen Gewinn aufwies, war nicht gerade erfreulich, aber bei Wohlfahrtslotterien mit ihren meist sehr geringen Gewinnmöglichkeiten findet man das nicht überraschend. Mit Verwunderung und Befremden stellten aber die Spieler aus der Gewinnliste noch etwas anderes fest. Die Liste bringt zum Schluss eine Aufzählung der zu Verlust gemeldeten und gesperrten Lose und macht den Zusatz: „Als gesperrt gelten alle Nummern von Gewinnlosen, die auf dem Postwege verloren gegangen sind und deren rechtlicher Erwerb nicht nachgewiesen werden kann.“ Sonderbar ist nun, daß unter den acht hier aufgezählten verlorenen Losen nicht weniger als fünf Lose mit beträchtlichen Gewinnen sind. Die Lotterie spendete, wie üblich, eine beträchtliche Masse von Gewinnen im Werte von nur 2 M., aber eine nur geringe Zahl von Gewinnen im Werte von 10 M. bis 12000 M. Wir finden in der Liste z. B. nur fünf Lose mit Gewinnen von 500 M. — und darunter ist ein Los, das verloren ging. Dann kommen zwei Lose mit Gewinnen von 1000 M. — und von ihnen ging ein Los verloren. Von den zwei Losen mit Gewinnen von 2000 M. und dem einen Los mit einem Gewinn von 2500 M. ist keines verloren gegangen. Verloren gegangen ist aber das einzige Los mit einem Gewinn von 3000 M., weiter ein Los von den zwei Gewinnlosen mit 5000 M. und auch das einzige Gewinnlose mit 8000 M. Der Hauptgewinn von 12000 M., der dann die Reihe der großen Gewinne als Krone des Ganzen abschließt, ist dem Spieler erhalten geblieben. Gewiß werden noch manche Lose verloren gegangen sein, deren Verlust gar nicht gemeldet worden ist. Aber das ausgerechnet von den fünfzehn größten Gewinnen nicht weniger als fünf auf verlorene Lose gefallen sind, ist eine so rätselhafte Laune des Glücks, daß mancher Spieler darüber den Kopf schütteln wird. Was geschieht mit den zusammen 17 500 M. Gewinnen der fünf verlorenen Gewinnlose?

Die Tote auf den Schienen.

Der Leichensund auf den Schienen bei Eichkamp ist jetzt zum Teil aufgeklärt. Die Frau, die mit abgefahrenem Bein und Fuß tot auf dem Bahnkörper aufgefunden wurde, ist festgestellt als eine etwa 50 Jahre alte Försterfrau aus der Nieder-Lausitz, die öfter, regelmäßig besonders vor Weihnachten, nach Berlin kam, um ihre Tochter zu besuchen und einzukaufen. Vor 8 Tagen, am 25. November, fuhr sie von Berlin nach Wildpark, um in Potsdam Verwandte zu besuchen. Wie immer, stieg sie in Charlottenburg um und benutzte den Zug, der um 7 Uhr 30 Minuten abfährt. Weil der letzte Streckenwärter schon um 6 Uhr abends seinen Gang gemacht hatte, so fand man die Leiche erst am nächsten Morgen. Nach den Feststellungen der Angehörigen ist der Frau nichts geraubt worden. Es liegt also kaum ein Verbrechen vor. Selbstmordgedanken hat die Frau nie geäußert. Sie hatte auch keine Veranlassung, hand an sich zu legen. Hiernach ist sie höchstwahrscheinlich das Opfer eines Unfalles geworden. Auffallend ist zwar, daß sie aus dem Zug gefallen sein muß, ohne daß es jemand bemerkt hat. Es ist aber möglich, daß sie allein in einem Abteil 2. Klasse gewesen und doch auch ein Hilfserst von dem Geräusch des fahrenden Zuges überhört wurde. Sollte jemand doch etwas wahrgenommen haben, so wird er erucht, sich zur vollen Aufklärung bei der Nordkommission Bürger-Sommer im Zimmer 97/98 des Polizeipräsidiums zu melden.

Sperrung der Schloßbrücke in Charlottenburg.

Die Schloßbrücke in Charlottenburg ist seit gestern, Mittwoch, auf Anordnung des Polizeipräsidiums für den Fußverkehrs- und Straßenbahnverkehr gesperrt worden. Wie wir zu dieser Maßnahme, die eine Umleitung des Straßenbahnverkehrs notwendig gemacht hat, noch weiter erfahren, besteht für diese Brücke, die eine der wichtigsten Verkehrsadern zwischen Charlottenburg und Siemensstadt darstellt, keine akute Einsturzgefahr, wie dies bereits in der Öffentlichkeit bekundet worden ist, sondern es handelt sich nur um eine Vorsichtsmaßnahme. Die Nachprüfungen, die aus Sicherheitsgründen von der Verkehrspolizei unternommen worden sind, haben nämlich ergeben, daß die über die Brücke hinwegrollenden Lasten für ihre Konstruktion zu schwer geworden sind, wie dies bei fast allen älteren Brücken der Fall ist, die unter ganz

anderen Verkehrsbedingungen erbaut worden sind. Für den Fußgängerverkehr ist die Brücke nach wie vor freigegeben, da für das Publikum durchaus keine Gefahr besteht.

200 000 Hunde in Berlin.

In den letzten Wochen vor den Neuwahlen hat die Stadtverordnetenversammlung naturgemäß viele Vorlagen unerledigt gelassen. Unter diesen befindet sich auch eine solche des Magistrats: Nachtrag zur Hundsteuer. Der Haushaltsausgleich hatte die Hundsteuer im diesjährigen Haushalt mit 40 Mark für den ersten Hund in Ansatz gebracht, gegen 30 Mark im Vorjahre. Das Plenum hat diesen Beschluß vor den Ferien nicht mehr verabschiedet. In der Sitzung vom 1. Oktober wurde die Vorlage vertagt. Es konnten deswegen in den ersten drei Vierteljahre des Rechnungsjahres nur je 7,50 M. vierteljährlich erhoben werden. Um den entstandenen Ausfall zu decken, beantragt der Magistrat, für das letzte Vierteljahr 17,50 M. für den ersten Hund usw. zur Erhebung zu bringen. Vom 1. April 1926 ab soll dann wieder der vorgesehene Jahresatz von 40 M. erhoben werden.

Anschließend bringt der Magistrat eine Uebersicht über die in Berlin besteuerten Hunde. Daraus ersehen wir, daß in Groß-Berlin die Zahl der gemeldeten Hunde 218 481 beträgt. Davon entfallen auf Alt-Berlin 100 623, auf die Außenbezirke 117 858. Hiervon sind steuerfrei in Alt-Berlin 1784, in den Außenbezirken 11 650. Es handelt sich hier um Wachhunde, solche für Blinde usw. Im Jahre 1914 zählte man in Alt-Berlin nur 35 812, im Jahre 1921 65 545 Hunde. Im gleichen Jahre (1921) frühere Zahlen fehlen hier), waren in den Außenbezirken bereits 70 129 Hunde vorhanden. — Man sieht, die ständig erhöhte Steuer hat nicht vermocht, die Zahl der Hunde herabzudrücken. Auf je 18 Einwohner kommt also ein Hund.

Die Bechtung von Straßenaufällen. Auf Veranlassung des Reichsverkehrsministeriums wurden während der Automobilausstellung im Vorführungslokal der Funkhalle am Kaiserdom Platz Lehrsfilme vorgeführt, die der Propaganda zur Verhütung von Straßenaufällen dienen sollen. Derartige Filme sind im Auftrag der Polizeibehörden von Berlin, München, Dresden, Stuttgart, Mannheim und Offenbach a. Main — vom Reichsverkehrsministerium geistlich unterstützt — hergestellt worden. Bei der Aufnahme des Berliner Films hat auch die Verkehrs-wacht mitgewirkt. Die Filme sollen das Verständnis für die Verkehrsgesetze in weitere Kreise tragen und damit zur Verringerung der Straßenaufälle beitragen.

Der Film „Namenlose Helden“, der von den Gewerkschaften besonders empfohlen wird, wird im Dezember in folgenden Kinos gegeben: Reford-Bildspiele, Brunnenstraße, vom 1. bis 7.; Merkur-Palast, Palladenstraße, vom 1. bis 3.; Emanuel-Bildspiele, Lichtenberg, vom 4. bis 7.; Moderne Lichtspiele, Lichtenberg, vom 4. bis 7.; Kasino-Bildspiele, Dunderstraße, vom 4. bis 7.; Apollo-Bildspiele, Reutlin, vom 4. bis 7.; Volkstheater, Reutlin, vom 4. bis 7.; Konfordia-Palast, Spandau, vom 4. bis 7.

Frau Dr. phil. Eugenie Schwarz ist aus Wien nach am Donnerstag, den 10. Dezember, abends 8 Uhr, im Hofsaal der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, im Stadtsaal (Eingang Schlossfreiheit), über: „Peter Altenberg und die Frauen“ einen Vortrag halten. Karten zu 1 bis 10 M. sind in der Schlossstraße, zu deren Quanten der Vortrag stattfindet, zu haben.

Verein der Freizeiter für Feuerbestattung. Am Berlin Deuts. Donnerstag abends 8 Uhr, findet die Filmvorführung „Die Degr“ in 7 Wern im Coalbau, Friedrichshagen statt. Karten zu 50 Pf. sind nach an der Kasse zu haben. Der selbe Film wird am Montag, den 7. 12. im Hesperiden-Konzertsaal, Eingang Waldstraße, mit Genehmigung des Generalverbandes der Berliner Freizeiter nachmals vorgeführt. Karten sind im Vorstand bei allen Funktionären und Zahlstellen erhältlich.

Die Suche nach M 1.

Neuere Meldungen aus Plymouth berichten über den Fortgang der deutschen Taucharbeiten in der Nähe von Start Point zur Aufspürung des Wracks vom englischen U-Boot M 1. Trotz unglücklichen Wetters wurden in den letzten Tagen vier Versuche mit dem deutschen Tiefseetauchapparat unternommen, um die durch Bojen markierten Hindernisse auf dem Meeresgrunde einer Untersuchung zu unterziehen. Dabei stieg der deutsche Taucher Burmeister in eine Tiefe von zirka 80 Metern hinab auf den Meeresboden und suchte dort eine Fläche von 500 Metern im Quadrat ab, ohne allerdings das Wrack des U-Bootbootes zu finden. Für den Aufstieg in diese Tiefe brauchte der Taucher 6 Minuten, zum Abstieg des Meeresbodens blieb er ununterbrochen 1½ Stunden in der Tiefe. Da es schon ziemlich dunkel geworden war, benutzte der Taucher dabei die zu seiner Ausrüstung gehörenden Unterwasser-Scheinwerfer, über deren Wirksamkeit er sich später sehr beklagte. Der Aufstieg an die Oberfläche erfolgte in einem Zeitraum von 3 Minuten. Nach diesem Versuch sollten neue Tauchungen an einer anderen Positionenboje unternommen werden, doch verhinderte der inzwischen eingetretene Blizzard vorläufig die Fortsetzung der Arbeiten. Sobald wieder bessere Witterung im Kanal eintritt, sollen die Nachforschungen der Taucher wieder fortgesetzt werden.

London, 3. Dezember. (WIZ.) Die Admiralität gibt bekannt: Nachdem die Ursache des Verlusts des U-Bootes M. 1 vollkommen aufgeklärt worden ist, sind die Nachforschungen nach dem Wrack des U-Bootes durch Taucher eingestellt worden.

Ein Koffenschoner untergegangen. Bei Terchelling ist ein Koffenschoner verloren gegangen. Das holländische Marineministerium teilt nun mit, daß jede Hoffnung auf eine Rettung der aus 13 Köpfen bestehenden Besatzung des vermißten Koffenschoners aufgegeben worden ist. Man glaubt, daß der Koffenschoner während des heftigen Orkanes in der vergangenen Woche von einem englischen Schiff gerammt und in den Grund gehoben wurde. In den Gewässern um Terchelling macht sich der Verlust des Koffenschoners sehr bemerkbar, da die Zahl der noch vorhandenen gesunkenen Bojen nicht mehr ausreicht und das Loten der Schiffe nur notdürftig von den anderen beiden auf Terchelling stationierten Koffenschiffen durchgeführt werden kann.

Schneestürme in Luxemburg. Die Schneestürme der letzten Tage haben besonders im gebirgigen Teil Luxemburgs große Verkehrsstörungen verursacht. Der Schnee liegt stellenweise mehrere Meter hoch. An vielen Stellen sind ganze Häuser unter den Schneemassen verschwunden, so daß die Dorfbewohner die eingeschneiten Zufahren herauskaufeln mußten. Die Autobusse haben ihren Dienst teilweise eingestellt, und die Eisenbahnen sind stellenweise gänzlich von den Schneemassen verschüttet. Die Telefonverbindungen mit Brüssel sind unterbrochen. Zur Freilegung der Strecke Luxemburg-Brüssel mußte Militär herangezogen werden.

Einstellung der Luftpost nach Schweden. Die Beförderung der Luftpost von Schweden nach Hamburg bzw. Berlin ist mit dem 1. Dezember vorläufig eingestellt worden.

Von niederbrechenden Kohlenmassen erschlagen. Auf Grube 145 in Meuselwitz wurden vier Bergleute durch niederbrechende Kohlenmassen erschlagen. Die beiden Knappen Planer und Kaffner aus Kösch konnten nur noch als Leichen geborgen werden, während zwei andere Bergleute schwere Verletzungen erlitten.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich nach einer Meldung aus Ludwigshafen im alten Werk der Badischen Anilin- und Sodafabrik. Beim Explodieren einer Säureflasche wurde ein 54 Jahre alter Hilfsmeister sofort getötet, einem anderen Arbeiter wurde ein Bein abgerissen und zwei weitere Arbeiter erlitten ebenfalls schwere Verletzungen.

Wieder eine Eisenbahnkatastrophe in Frankreich. Die Schnellzüge von Lausanne und Bern sind gestern abend bei Pontarlier zusammengestoßen. 9 Reisende wurden verletzt, darunter drei sehr schwer.

